

## **Antrag**

**der Fraktion der FDP/DVP**

### **Entschließung zu der Mitteilung der Landesregierung vom 13. Mai 2021 – Drucksache 17/56**

#### **Beteiligung des Landtags nach § 3 des Gesetzes über den Erlass infektionsschützender Maßnahmen – Verordnung der Landesregierung über infektionsschützende Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Virus SARS-CoV-2 (Corona-Verordnung – CoronaVO) vom 13. Mai 2021**

Der Landtag wolle beschließen,

- I. festzustellen,
  1. dass insbesondere vor dem Hintergrund des Impffortschritts parallel zur laufenden Impfkampagne eine Aufhebung der wesentlichen Grundrechtseinschränkungen, unter fortbleibender Beachtung der AHA-Regeln, für diesen Sommer als Ziel angestrebt werden muss;
  2. dass mit Blick auf den Impffortschritt die Öffnungen in den Sommermonaten keinesfalls hinter dem Niveau der Öffnungen der Sommermonate 2020 zurückbleiben dürfen;
  3. dass die bisherigen Öffnungsstufen der Corona-Verordnung der Landesregierung selbst in deren weitgehendster Stufe noch sehr große Grundrechtseinschränkungen beinhalten und sogar erheblich hinter den Möglichkeiten, die die Menschen im Sommer 2020 hatten, zurückbleiben, und daher unzureichend sind;
- II. die Landesregierung zu ersuchen,
  1. im Lichte des anhaltend rückläufigen Infektionsgeschehens schon jetzt verbindliche Pläne und Öffnungsstufen vorzulegen, wie das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben weitgehend normal und ohne Einschränkungen erfolgen kann;
  2. sich bei der Einführung von Schutzmaßnahmen an weiteren Indikatoren zu orientieren als alleine der 7-Tage-Inzidenz, insbesondere am Impffortschritt, den Testkapazitäten und dem Anteil der Positivbefunde, der Belastung des Gesundheitswesens, der Aufschlüsselung der Erkrankten nach Altersgruppen und der Differenzierung zwischen kontrollierbarem Clusterausbruch und dif-fusem Ausbruchsgeschehen;

3. für den Fall, dass sich die Landesregierung dennoch weiterhin ausschließlich an Inzidenzzahlen bei Öffnungsstufen orientieren will, weitergehende Öffnungsstufen vorzulegen, die der Tatsache Rechnung tragen, dass bereits jetzt erste Kreise im Land sich einer 7-Tage-Inzidenz von unter 30 nähern;
4. sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten gegen noch bestehende Ausgangssperren einzusetzen;
5. eine Impfstrategie zu entwickeln, die durch bessere Zuteilung den Impftourismus reduziert und durch die Bereitstellung von mehr Impfstoff gestärkt wird;
6. gemeinsam mit dem Bund zu prüfen, ob und wie das Instrument der nationalen Zulassung im Rahmen der speziellen Regelungen und Verfahren genutzt werden kann (beispielsweise für den Impfstoff von Curevac);
7. weitere Modellprojekte zu ermöglichen, die auf gesonderte Bereiche, wie beispielsweise Gastronomie, Handel, Kultur, das Vereinsleben und weitere Bereiche abzielen;
8. im Öffnungsschritt ab Inzidenz unter 50 die Gastronomie auch ohne expliziten Testnachweis zu öffnen und somit eine Angleichung an die Regelungen für den Einzelhandel vorzunehmen, sowie in einem weiteren Schritt bei stabiler Inzidenz unter 50 die Quadratmeterbeschränkung sowohl für Gastronomie als auch Einzelhandel aufzuheben;
9. eine Bildungsgarantie für alle Schülerinnen und Schüler abzugeben, die auch das Aufarbeiten von Wissenslücken und ein verlässliches Bildungsangebot in Präsenz umfasst;
10. unverzüglich Mittel speziell für die flächendeckende Installation von Luftfilteranlagen in Klassenzimmern und in Räumen der Kindertagesbetreuung bereitzustellen;
11. mit einer Teststrategie die Öffnung der Hochschulen und Akademien zu ermöglichen, um wieder verzögerungsfreie Studienverläufe sicherzustellen;
12. den Einsatz von digitalen Methoden zur Kontaktnachverfolgung sowie zur Feststellung und zum Nachweis von Test- und Impfergebnissen in den zuständigen Gesundheitsämtern und Behörden weiter zu forcieren, um eine bessere und schnellere Nachverfolgbarkeit von Infektionsketten und einfache, praktikable Nachweismöglichkeiten von Impfstatus und Testergebnissen zu ermöglichen.

20.5.2021

Dr. Rülke  
und Fraktion